

06.02.2024

Ukrainekrieg und Friedenspolitik

Ausgangslage

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat unvorstellbares Leid verursacht. Zehntausende Menschen, oftmals Zivilist*innen, sind gestorben; Millionen Menschen sind auf der Flucht. In Deutschland markierte der Überfall Russlands eine politische „Zeitenwende“: 100 Milliarden Euro sollen die Wehrfähigkeit der Bundeswehr herstellen, zudem unterstützt die Bundesrepublik die scharfen Sanktionen der EU und ihrer Partner gegen Russland und hilft der Ukraine nicht nur humanitär, sondern auch mit Waffen und Rüstungsgeräten.

Gewerkschaftliche Position und Kernforderungen

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Gewerkschaften setzen sich weiterhin für Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die Achtung der Menschenrechte und für mehr soziale Gerechtigkeit weltweit ein. Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Wir sind überzeugt: Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen! Dennoch unterstützen wir das völkerrechtlich garantierte Recht der Ukraine, sich zu verteidigen – das schließt auch die Unterstützung der Ukraine mit militärischen Geräten ein.

Unsere gewerkschaftlichen Kernforderungen:

- Sofortiger Abzug der russischen Besatzungstruppen aus der Ukraine, sofortige Einstellung der Kriegshandlungen. Putin wäre in der Lage, den schrecklichen Krieg noch heute zu beenden.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren und mehr Diplomatie zu wagen!
- Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, von einer weiteren Aufstockung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP oder sogar mehr abzusehen und sich mit ihren EU-Partner*innen und im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft für neue nukleare Rüstungskontrollabkommen und eine Eindämmung von Rüstungsexporten stark zu machen

Die AfD: Selbstinszenierung als Partei für den Frieden

Argumente von rechts: Die AfD setze sich als einzige Partei im Bundestag für eine Verhandlungslösung ein.

- Falsch: In allen Parteien gibt es Forderungen nach mehr Diplomatie. Bis zuletzt hatte sich auch die Bundesregierung für eine friedliche Beilegung des Konflikts eingesetzt.
- Neben der militärischen Unterstützung der Ukraine leistet Deutschland auch eine Vielzahl von humanitären Hilfen – von der Absicherung der Stromversorgung über finanzielle Hilfen für Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten bis hin zur gezielten Weiterbildung von ukrainischen medizinischen Fachkräften. Für die Eskalation des Konflikts ist Russland verantwortlich.

- Die AfD stellt sich im Ukrainekrieg eindeutig auf die Seite Russlands. Das vom russischen Präsidenten Putin etablierte autoritäre System entspricht in vielem den Vorstellungen der AfD. Kritik an der Unterdrückung der Opposition in Russland, an der Einschränkung der Meinungsfreiheit oder an der willkürlichen Inhaftierung von Journalist*innen und Menschenrechtler*innen hört man von der AfD nicht.
- Vor die Wahl zwischen West und Ost gestellt, würde Björn Höcke Deutschland an die Seite Russlands führen wollen, so hat er es in einer Rede am 3. Oktober 2022 in Gera gesagt.

„Der natürliche Partner, der natürliche Partner für uns als Nation, der Tüftler und Denker, der natürliche Partner unserer Arbeits- und Lebensweise wäre Russland; ein Land mit schier unerschöpflichen Ressourcen.“ sowie „Aber wenn ich mich jetzt für das deutsche Volk entscheiden müsste zwischen dem Regenbogenimperium, zwischen dem neuen Westen, zwischen dem globalistischen Westen und dem traditionellen Osten, ich wählte in dieser Lage den Osten.“

Argumente von rechts: Die AfD setze sich für friedliche Konfliktlösung ein und stehe gegen die Logik des Militärs.

Falsch: Die AfD steht im Gegenteil für Aufrüstung und Militarisierung.

- Sie fordert eine massive Form der Aufrüstung (2%-Ziel der NATO);
- ist für die Wiedereinführung der Wehrpflicht;
- für eine Führungsrolle Deutschlands in der NATO;
- für die atomare Teilhabe im Rahmen der NATO;
- für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren;
- für eine stärkere Sichtbarmachung des Militärs in der Gesellschaft und damit für eine stärkere Militarisierung der Gesellschaft;
- für das Anknüpfen auch an „belastete“ Traditionsbestände der Wehrmacht;
- Die AfD hat nicht gegen das 100 Mrd.-Aufrüstungsprogramm gestimmt

Argumente von rechts: Die Gewerkschaften haben ihre Wurzeln in der Friedensbewegung gekappt und stimmen jetzt ein in den Chor der Kriegstreiber.

- Das stimmt nicht, wir lehnen Aufrüstung nach wie vor ab, sind gegen das 2%-Ziel und werden weiter dafür kämpfen, dass die Ausstattung der Bundeswehr nicht mit Einsparungen für Sozialausgaben bezahlt wird.
- Wir sind aber überzeugt: dauerhaften Frieden in Europa und der Welt kann es nur geben, wenn das Völkerrecht geachtet wird und sich nicht das Recht des Stärkeren und Skrupellosesten durchsetzt. Deshalb müssen wir die Ukraine dabei unterstützen, sich gegen den brutalen Überfall zur Wehr zu setzen.

Positionen und Zitate der AfD

- Verteidigungspolitische Positionen der AfD: <https://afdbundestag.de/arbeitskreise/verteidigung/> und AfD-Bundestagswahlprogramm: <https://www.afd.de/wahlprogramm/>, S. 62-68.
- <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2023/09/22/alternative-fuer-russland-wie-sich-die-afd-systematisch-nach-russland-orientiert/> [mit weiteren Auszügen aus den Programmen, Abstimmungsverhalten bei Frage der Unterstützung der Ukraine etc.]